

**Geschäftsordnung
der Landessynode
der Evangelischen Landeskirche Anhalts
vom 15. November 1969
unter Berücksichtigung aller Abänderungen
bis zum 22.11.2011**

Inhaltsverzeichnis

I Abschnitt Konstituierung	3
II. Abschnitt Das Präsidium und seine Mitarbeiter	4
III. Abschnitt Ältestenrat und Synodalausschüsse	6
IV. Abschnitt Vorlagen, Anträge, Anfragen, Entschlüsse	8
V. Abschnitt Sitzungen der Synode	11
VI. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen	15
Stichwortverzeichnis	16

Gemäß § 49(5)* der Verfassung der Evangelischen Landeskirche Anhalts gibt sich die Landessynode folgende

**Geschäftsordnung
1. Abschnitt**

Konstituierung

§1

(1) Innerhalb von drei Monaten nach der Wahl der Synoden gemäß § 45 der Verfassung tritt die Synode auf Grund der Einberufung gemäß § 48 der Verfassung zu ihrer konstituierenden Tagung zusammen.

(2) Den Vorsitz hat zunächst der Präsident der vorangegangenen Wahlperiode, stellvertretend ein Beisitzer gemäß § 54 der Verfassung. Notfalls übernimmt der älteste anwesende Synodale als Altersvorsitzender den Vorsitz.

(3) Der Vorsitzende leistet, wenn er Mitglied der neuen Synode ist, zunächst selbst das in § 46 der Verfassung vorgeschriebene Gelöbnis. Dann verpflichtet er die übrigen anwesenden Synoden unter Verlesung des Gelöbnisses. Jeder einzelne erklärt, indem er dem Vorsitzenden die Hand gibt: „Ich gelobe es vor Gott.“

§ 2

(1) Der Vorsitzende leitet die Wahl des Präsidiums gemäß § 54 der Verfassung. Sie erfolgt durch Stimmzettel in drei getrennten Wahlgängen: Zuerst wird der Präsident gewählt, dann die beiden Beisitzer, dann die beiden Stellvertreter.

(2) Vor der eigentlichen Tagung kann ein brüderliches Gespräch der Synoden stattfinden, an dem auch der Landeskirchenrat teilnehmen kann. Wird in der konstituierenden Sitzung der Vorsitzende als Kandidat für das Präsidium vorgeschlagen, und nimmt er die Kandidatur an, so gibt er den Vorsitz für die Dauer der Wahl an einen Beisitzer ab, der nicht für das Präsidium kandidiert. Gegebenenfalls gilt § 1 (2) Satz 2 entsprechend.

(3) Bei den Wahlen gemäß (1) gilt derjenige Kandidat als gewählt, auf den mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen gefallen sind. Als ungültig werden insbesondere die Stimmenthaltungen gewertet. Ungültig sind auch die Stimmzettel, die bei der Wahl die

verfassungsmäßigen Bedingungen (Theologe und Nichttheologe) nicht erfüllen.

(4) Erreicht keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Synodalen statt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei ihr sind alle Stimmzettel ungültig, die nicht einen der in Betracht kommenden Kandidaten nennen.¹

(5) Ergibt sich bei der Stichwahl Stimmengleichheit, so zieht der Vorsitzende das Los. §3 (1) Das neu gewählte Präsidium übernimmt sofort nach seiner Wahl die Leitung. Die Synode wählt den Legitimationsprüfungsausschuss gemäß § 51 a) der Verfassung.

(2) Dieser überprüft mit Hilfe des Landeswahlleiters die Wahlen der Synodalen. Er prüft insbesondere die Bedenken des Landeswahlleiters.

(3) Der Legitimationsprüfungsausschuss soll auch die Ordnungsmäßigkeit der Berufungen gemäß § 44 der Verfassung prüfen.

§ 4

(1) Über das Ergebnis der Prüfung berichtet der Legitimationsprüfungsausschuss der Synode während der konstituierenden Tagung.

(2) Die Synode entscheidet über die Legitimationen ihrer Mitglieder durch einen Beschluss, der sofort gefasst ° werden soll.

(3) Kann ausnahmsweise ein Fall nicht während der ersten Tagung geklärt werden, erfolgt die Entscheidung der Synode bei der zweiten Tagung. Über die Zwischenlösung hat jedoch die Synode bei der ersten Tagung zu entscheiden.

(4) Betroffene Synodale sind auf ihren Wunsch zur Sache zu hören.

§ 5

(1) Bis zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl oder Berufung durch die Synode gilt die Wahl oder Berufung als ordnungsgemäß vollzogen, und der Betroffene hat die Rechte und Pflichten eines Synodalen.

(2) Beschwerdeinstanz ist das Landeskirchengericht.

II. Abschnitt

Das Präsidium und seine Mitarbeiter

§ 6

(1) Der Präses bereitet eine Tagung der Synode vor, indem er insbesondere alle eingehenden Schriftstücke sammelt, Anträge in die geeignete Form bringt und sie als Drucksachen spätestens drei Wochen vor der Tagung den Synodalen übersendet. Die vorläufige Tagesordnung und der vorläufige Zeitplan werden mit der Einladung spätestens vier Wochen vor der Tagung den Synodalen übersandt. Die Synode kann jedoch mit einfacher Mehrheit ihrer Anwesenden Mitglieder später eingehende Drucksachen zur Behandlung zulassen.

(2) Der Präses nimmt die Einteilung der Synodalen für die Andachten gemäß § 49 (1) der Verfassung vor.²

¹ Hinweis: § 49(4) der Verfassung

² Hinweis: § 59(1) der Verfassung

(3) Zu Beginn jeder Tagung oder Sitzung hat das Präsidium der Synode den Vorschlag für eine Tagesordnung vorzulegen, über die die Synode beschließt.

(4) Der Präsident beteiligt bei der Vorbereitung und Auswertung einer Tagung die Beisitzer.

(5) Der Präsident vereinbart rechtzeitig mit dem Landeskirchenrat, welche seiner Mitarbeiter gemäß § 56 der Verfassung zur Verfügung gestellt werden. Diese Mitarbeiter sind insoweit dem Präsidenten unterstellt.

§ 7

(1) Vor Beginn jeder Tagung beruft der Präsident zwei Personen zu Schriftführern, die der Landeskirchenrat der Landessynode nach § 56 Abs. 1 der Verfassung zur Verfügung stellt. In nicht öffentlicher Sitzung werden zwei Synodale durch den Präsidenten als Schriftführer berufen.

(2) Der eine Schriftführer führt laufend die Anwesenheitsliste und notiert die Wortmeldungen. Er meldet den jeweils Nächsten dem Präsidenten, der das Wort erteilt.

(3) Der andere Schriftführer nimmt von jeder Sitzung (das heißt von jedem Tage) eine Niederschrift auf. Sie muss folgendes enthalten:

- a) die Uhrzeit der Eröffnung und Schließung sowie Unterbrechung jeder Sitzung;
- b) die Namen der an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Landeskirchenrates mit Zeit eventueller Abwesenheit;
- c) die Namen sonstiger Personen, die sich als Sachverständige, als geladene Gäste oder als Mitarbeiter im Sitzungssaal befinden;
- d) die gestellten Anträge und Anfragen mit den Namen der Antrag- oder Fragesteller; e) die Namen der Redner, die sich an der Beratung beteiligt haben;
- f) die gefassten Beschlüsse und bei Feststellung des Stimmverhältnisses das Ergebnis;
- g) die vom Präsidenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßnahmen;
- h) die Übernahme des Vorsitzes durch einen Beisitzer, insbesondere wenn der Präsident als Synodaler Stellung nehmen will;
- i) einen Wechsel in der sonstigen Zusammensetzung des Präsidiums
- k) Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung.

(4) Als Ergänzung zur Niederschrift dient die Tonbandaufnahme. Bei nichtöffentlichen Sitzungen wird das Tonbandgerät abgeschaltet. Die Synode kann auf Antrag des Präsidiums oder gemäß § 15 Abs. 6 beschließen, auch in nichtöffentlicher Sitzung das Tonbandgerät einzuschalten. Auf Basis der Tonbandaufnahme wird - soweit wie technisch möglich - nach Abschluss der Tagung ein maschinenschriftliches Protokoll erstellt.

(5) Für die Abschriften gem. Abs. 4 kann eine gesonderte Schreibkraft bestellt werden. Diese ist vom Präsidenten auf ihre Pflicht zur Verschwiegenheit besonders hinzuweisen und durch Handschlag zu verpflichten.

§ 8

(1) Die Niederschriften werden in der jeweils nächsten Sitzung beim Präsidium ausgelegt und können in den Pausen von allen Synodalen eingesehen werden. Einwände sind dem Präsidium sofort bekannt zugeben. Sind Beanstandungen erledigt oder werden keine Einwände erhoben, gilt die Niederschrift als von der Synode genehmigt, unbeschadet der Pflicht der beiden Schriftführer und des Präsidiums, die Genauigkeit und Richtigkeit der Niederschrift zu prüfen und diese mit ihrer Unterschrift zu versehen.

(2) Die Niederschrift der letzten Sitzung jeder Tagung gilt eine Woche nach Tagungsschluss als genehmigt, wenn keine Einwände erfolgen.

(3) Auf Antrag von mindestens 5 Synodalen muss die Niederschrift einer offenen Sitzung in der nächsten Sitzung verlesen und durch Abstimmung genehmigt werden. Die Niederschrift einer geschlossenen Sitzung kann nur in einer geschlossenen Sitzung verlesen und genehmigt werden. Über Einwendungen gegen die Niederschrift einer nichtöffentlichen Sitzung ist in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

(4) Die Abschrift gem. § 7 Abs. 4 S. 3 wird innerhalb von 4 Monaten nach Abschluss der Tagung im Umlaufverfahren vom Ältestenrat genehmigt und kann danach im Landeskirchenamt sowie zu Beginn der nächsten Tagung beim Präsidium eingesehen werden. Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass ein Antrag von 15 Synodalen erforderlich ist.

§ 9

(1) Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Landeskirche haben als Synodale der Tagung der Synode und ihrer Ausschüsse vor anderen Pflichten den Vorrang einzuräumen und sich gegebenenfalls dort vertreten zu lassen. Von den anderen Synodalen wird erwartet, dass sie alles tun, um an den Tagungen und Sitzungen uneingeschränkt teilzunehmen. Auf Wunsch hilft der Präsident bei den Bemühungen um Freistellung von der beruflichen Arbeit.

(2) Ist ein Synodaler trotzdem verhindert, an einer Tagung oder Sitzung der Synode teilzunehmen, so hat er dies unverzüglich mit Begründung dem Präsidenten oder dem Synodalbüro mitzuteilen, damit rechtzeitig der Stellvertreter eingeladen werden kann.

(3) Will ein Synodaler die Tagung vorzeitig verlassen oder eine Sitzung oder einen Teil davon versäumen, so hat er den Präsidenten rechtzeitig schriftlich um Urlaub zu bitten. Im Falle der Ablehnung kann der Betroffene beim Präsidenten eine Entscheidung der Synode beantragen.

§ 10

Benötigen Synodale oder Ausschüsse für ihre Arbeit im Interesse der Synode Akten und Unterlagen des Landeskirchenrates, so wenden sie sich an den Präsidenten. Ebenso geht die Verbindung zwischen Landeskirchenrat und Synodalausschüssen in der Regel über den Präsidenten. In Ausnahmefällen ist der Präsident unverzüglich über die Sache zu unterrichten.

III. Abschnitt

Ältestenrat und Synodalausschüsse

§ 11

(1) Neben den in § 55 der Verfassung aufgeführten Rechten und Pflichten hat der Ältestenrat die Aufgabe, gegebenenfalls innerhalb der Synode ausgleichend zu wirken.

(2) Eine Sitzung des Ältestenrates muss einberufen werden, wenn drei seiner Mitglieder es verlangen. Er ist beschlussfähig, wenn außer dem Präsidenten oder dem von ihm zu beauftragenden Stellvertreter vier weitere Mitglieder anwesend sind. Die Geschäftsordnung der Landessynode findet sinngemäß Anwendung. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen.

(3) Im Falle des § 55 (3) der Verfassung ist zu den Beratungen der Landeskirchenrat einzuladen. Im Falle des § 55 (2) der Verfassung soll das ebenfalls geschehen.

(4) Im Falle des § 55 (4) der Verfassung bestellt der Ältestenrat nach allgemeiner Erörterung zwei seiner Mitglieder, die sich über den Vorgang gründlich informieren und dem Ältestenrat

einen Antrag mit Begründung vorlegen. Zu einer Entscheidung über eine Begnadigung ist die Anwesenheit von mindestens sechs Mitgliedern erforderlich.

(5) Die Mitglieder des Ältestenrates können sich nicht vertreten lassen.

§ 12

(1) Entscheidungen der Synode auf Grund einer Vorlage bedürfen, außer wenn sich der Ältestenrat damit befasst hat, der Vorbereitung in einem Synodalausschuss.

(2) Folgende ständige Ausschüsse sind zu Beginn jeder Wahlperiode von der Synode für ihre Legislaturperiode zu wählen:

- a) der Nominierungsausschuss, der alle Wahlen für die kein Sonderausschuss besteht oder für die andere kirchengesetzliche Regelungen bestehen, vorzubereiten hat;
- b) der Finanzausschuss,
- c) der Verfassungs- und Rechtsausschuss,
- d) der theologische Ausschuss,
- e) der Ordnungsausschuss,
- f) der Diakonieausschuss,
- g) der Gemeindeaufbauausschuss,
- h) der Ausschuss für Kirche und Gesellschaft, Erziehung und Bildung,
- i) der Eingabeausschuss,
- k) der Berichtsausschuss,
- l) der Legitimationsprüfungsausschuss.

(3) Darüber hinaus können weitere ständige Ausschüsse gebildet werden.

(4) Auf Beschluss der Synode können auch nichtständige Sonderausschüsse oder Tagungsausschüsse gebildet werden.

(5) Jeder Synodalausschuss soll aus mindestens fünf Synodalen bestehen. Die Synode bestimmt den Einberufer der ersten Sitzung. In dieser Sitzung wählt der Ausschuss seinen Vorsitzenden und seinen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende, im Verhinderungsfall sein Stellvertreter, erstattet der Synode Bericht.

(6) Die Protokolle der Ausschusssitzungen werden jeweils in zwei Exemplaren dem Präsidenten zugeleitet, der eins an den Landeskirchenrat weitergibt. Jedes Protokoll bedarf der Bestätigung durch den Ausschuss.

§ 13

(1) Der Vorsitzende beruft die Ausschusssitzungen möglichst mit einer Frist von zwei Wochen, schriftlich unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung ein. Der Präsident kann Ausschusssitzungen anordnen. (Hinweis auf § 49 (4) der Verfassung).

(2) Ist ein Ausschussmitglied ausnahmsweise verhindert, hat es dies unverzüglich mit Grundangabe dem Vorsitzenden mitzuteilen und gleichzeitig bemüht zu sein, dass an seiner Stelle ein anderer Synodaler an der Sitzung teilnimmt, der dann vollberechtigtes Mitglied ist. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist.

(3) Synodale, die nicht zum Ausschuss gehören, können an den Ausschusssitzungen als Zuhörer teilnehmen und können vom Ausschuss ausnahmsweise auch zu Stellungnahmen aufgefordert werden. Um den Termin der Sitzung zu erfahren, geben sie ihren Wunsch dem Vorsitzenden bekannt. Eine Entschädigung gemäß § 56 der Verfassung erhalten diese Synodalen jedoch nicht.

Ausschusssitzungen sind nicht öffentlich.

(4) Ist einem Ausschuss ein Antrag überwiesen, so ist dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, an der Beratung seines Antrages im Ausschuss teilzunehmen. Er kann sich auch vertreten lassen.

(5) In Vorbereitung der Tagung einer Synode kann der Präsident Anträge sofort einem zuständigen Ausschuss zur Bearbeitung übergeben.

(6) Bei den Ausschussberatungen gilt sinngemäß § 27 (2). Will der Präsident Sachfragen klären, gilt für ihn das gleiche. Der Präsident soll nicht ordentliches Mitglied eines Ausschusses sein. Er kann für ein abwesendes Mitglied eintreten und das Stimmrecht ausüben, wenn dadurch Beschlussfähigkeit hergestellt wird.

§ 14

(1) Für die Arbeit des Eingabenausschusses gilt zusätzlich folgendes:

- a) Die vor Beginn der Tagung beim Präsidenten eingegangenen Eingaben, die als solche bezeichnet sind oder vom Präsidenten als solche angesehen werden, werden zu Beginn der Tagung unter Nennung des Antragstellers und des Anliegens bekannt gegeben und dem Vorsitzenden des Eingabenausschusses übergeben. Es soll gewährleistet sein, dass sie gegebenenfalls in den Verhandlungen der Landessynode wirksam werden können.
- b) Spätestens in der letzten Sitzung dieser Tagung berichtet der Eingabenausschuss in der Regel unter voller Verlesung der Eingaben über die getroffenen Feststellungen und die Stellungnahme des Ausschusses mit schriftlicher Beschlussvorlage.

(2) Für den Beschluss gibt es insbesondere folgende Möglichkeiten:

- a) Überweisung an die zuständige Kreissynode,
- b) Überweisung an einen zuständigen Synodalausschuss,
- c) Überweisung an den Landeskirchenrat
- „zur Kenntnisnahme“
- „zur Erwägung“ oder
- „zur Berücksichtigung“.

(3) Der Ausschuss kann ausnahmsweise einstimmig beschließen, dass die Eingabe zur Verlesung und Behandlung vor der Synode ungeeignet ist. Dieser Beschluss ist dem Präsidenten vor Beginn der entsprechenden Sitzung bekannt zugeben. Die Synode nimmt diesen Beschluss des Ausschusses ohne Aussprache zur Kenntnis. Wenn jedoch mindestens fünf Synodale widersprechen, hat der Ausschuss eine Begründung für seinen Beschluss zu geben. Die Synode kann Beratung der Eingabe beschließen. (Hinweis auf § 49 (3) der Verfassung)

(4) Bei allen Eingaben kann unterteilt und für die einzelnen Teile eine unterschiedliche Entscheidung beantragt werden.

(5) Eingaben sind in drei Exemplaren dem Präsidenten einzureichen. Der Präsident teilt dem Einsender der Eingaben die Art der Erledigung mit.

IV. Abschnitt

Vorlagen, Anträge, Anfragen, Entschlüsseungen

§ 15

(1) Beschlussvorlagen des Landeskirchenrates, Anträge von Synodalausschüssen und Anträge einzelner Synodaler (Uranträge) müssen mit den Worten beginnen: „Die Landessynode wolle beschließen“. Ihre Eingänge und Erledigung sind laufend zu registrieren.

(2) Der Präses leitet die unter (1) fallenden Vorlagen unverzüglich den in Betracht kommenden ständigen Synodalausschüssen zur Stellungnahme zu. Deshalb sollen alle Vorlagen wenigstens in doppelter Ausfertigung eingereicht werden.

(3) Der Synodalausschuss stellt fest, ob die Vorlage nach seiner Meinung in drei Lesungen oder nur in einer Lesung zu behandeln ist. In drei Lesungen müssen behandelt werden alle Anträge gemäß § 51 h und i der Verfassung.

(4) Der Ausschuss kann der Synode empfehlen, für den Fall dreifacher Lesung die Bearbeitung durch den Ausschuss als erste Lesung zu werten.

(5) Wird ein Antrag nur einmal behandelt und erfolgt ein Änderungsantrag, der angenommen wird, ist eine nochmalige Behandlung des ganzen Antrages erforderlich, die gemäß den Vorschriften über dritte Lesungen von Kirchengesetzen durchgeführt wird.

(6) Uranträge müssen von mindestens fünf Synodalen unterschrieben sein. Der Vertreter des Antrages hat als erster zu unterschreiben. Das gilt auch für alle Abänderungsanträge unbeschadet der Vorschriften von § 20 (3) (2. Lesungen).

§ 16

(1) Förmliche Anfragen an den Landeskirchenrat, die im Rahmen einer Tagung der Synode beantwortet werden sollen, müssen bestimmt gefasst und sollen schriftlich eine Woche vor Beginn der Tagung in doppelter Ausfertigung dem Präses eingereicht werden, der sie unverzüglich in einem Exemplar an den Landeskirchenrat weiterleitet.

(2) Für Anfragen, die sich aus den Berichten des Landeskirchenrates gemäß §§ 51 f und 63 (1) h (Hinweis: § 63(4) k der Verfassung) ergeben, sollen rechtzeitig dem Berichtsausschuss eingereicht werden.

§ 17

(1) Entschlüsseungen müssen von mindestens fünf Synodalen schriftlich beantragt werden. Über sie wird nur einmal beraten. Auf Wunsch der Antragsteller muss Rückverweisung an sie erfolgen und damit Unterbrechung der Beratung.

(2) Steht die Entschließung im Zusammenhang mit einem in mehreren Lesungen zu behandelnden Beratungsgegenstand, findet ihre Beratung und Beschlussfassung nach der Verabschiedung gemäß § 21 (5) statt.

(3) Eine angenommene Entschließung wird bekannt gemacht mit der Unterschrift des Präses.

§ 18

Alle Anträge können bis zu dem Augenblick der ersten Abstimmung zurückgenommen werden. Zu diesem Zweck ist dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, die Zustimmung der Mitunterzeichner einzuholen. Erhalten weniger als fünf Synodale den Antrag aufrecht, gilt er als zurückgezogen und muss gegebenenfalls neu gestellt werden unter Beachtung von § 15 (6).

§ 19

(1) Die erste Lesung gemäß § 15 (3) und (4) beginnt frühestens am Tag nach Zustellung der Drucksache an die Synodalen. Der Vertreter der Antragsteller führt die Vorlage ein und begründet sie. Anschließend gibt der Berichterstatter des Synodalausschusses, sofern nicht gemäß Satz 2 geschehen, die Stellungnahme des Ausschusses bekannt. Dann folgt eine allgemeine Aussprache über die Grundsätze der Vorlagen. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

(2) Die Aussprache wird mit dem Hinweis abgeschlossen, dass in einer der nächsten Sitzungen die zweite Lesung erfolgt, sofern keine gegenteiligen Anträge gestellt und beschlossen werden.

§ 20

(1) Stellt die zweite Lesung den Beginn der Beratung vor der Synode dar (erste Lesung als Ausschussberatung). beginnt sie gemäß § 19 (1).

(2) In der zweiten Lesung wird hauptsächlich der Wortlaut der Vorlage beraten. Über die einzelnen Abschnitte wird der Reihe nach beraten und abgestimmt. Gehört zu einer Einzelbestimmung eine Anlage, so erstreckt sich die Beratung und Abstimmung zugleich auf die Anlage. Über die Überschriften wird jeweils zuletzt abgestimmt. Über den Eingang und die Namen des Gesetzes oder der sonstigen Vorlage wird beraten und abgestimmt, wenn alle Einzelbestimmungen und Zwischenüberschriften beschlossen sind.

(3) Änderungsanträge können von jedem Synodalen schriftlich bis zur Abstimmung gestellt werden. Der Antragsteller hat vor der Abstimmung über seinen Antrag das letzte Wort.

(4) Wird über eine Einzelbestimmung keine Einigung erzielt, kann die Entscheidung über sie zurückgestellt und dieser Teil dem Antragsteller und dem Ausschuss zurücküberwiesen werden. § 21 (1) ist hierbei zu beachten.

§ 21

(1) Das Ergebnis der zweiten Lesung bildet die Grundlage für die dritte Lesung. Diese beginnt frühestens an dem auf die Beendigung der zweiten Lesung folgenden Tage.

(2) Die Besprechung erstreckt sich zunächst auf das Allgemeine. Dann wird die gesamte Vorlage verlesen und Einwände werden durch Wortmeldung geltend gemacht. Bei umfangreichen Vorlagen, insbesondere bei Haushaltsplänen, kann der Präses auf wörtliche Verlesung verzichten und sich auf den Aufruf der §§ oder Kapitel beschränken, wenn nicht mindestens fünf Synodale widersprechen.

(3) Die Änderungsanträge müssen von mindestens fünf Synodalen unterzeichnet sein. Nur unter dieser Bedingung kann auch der Antragsteller oder der Synodalausschuss in dritter Lesung die Vorlage ändern.

(4) Redaktionelle Änderungen bedürfen der Absprache zwischen Präses und Landeskirchenrat.

(5) Am Schluss der dritten Lesung wird über die endgültig formulierte Vorlage im ganzen abgestimmt. Damit ist das Kirchengesetz beschlossen beziehungsweise der Beschluss von der Synode verabschiedet.

§ 22

Die Synode kann von den in §§ 19 und 21 (1) genannten Fristen abweichen (z.B. also zwei Lesungen an einem Tag durchführen oder sofort nach Vorlage in die Beratung eintreten), wenn nicht mindestens fünf Synodale widersprechen. Handelt es sich um eine Vorlage des Landeskirchenrates, ist das nur möglich, wenn auch der Landeskirchenrat nicht widerspricht.

V. Abschnitt

Sitzungen der Synode

§ 23

- (1) Zeit, Ort und Tagesordnung der nächsten Sitzung einer Tagung werden vorn Präsidium festgelegt und vor Schluss jeder Sitzung bekannt gegeben. Erhebt sich Widerspruch, entscheidet die Synode.
- (2) Widerspruch gegen selbständige Entscheidungen des Präsidenten gemäß § 54 (3) der Verfassung in Verbindung mit § 59(1)m der Verfassung ist gegebenenfalls zu Beginn der betreffenden Sitzung geltend zu machen. In diesem Fall entscheidet die Synode.
- (3) Der Landeskirchenrat hat das Recht, bis zur Beschlussfassung über die Tagesordnung Anträge bezüglich der Tagesordnung zu stellen.

§ 24

- (1) Die Tagesordnung oder die Tagungsordnung soll den Synodalen und dem Landeskirchenrat schriftlich vorliegen. Im Verlauf der Sitzung ist eine Änderung der Reihenfolge nur möglich, wenn nicht mindestens fünf Synodale oder der Landeskirchenrat widersprechen.
- (2) Dringliche Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung stehen, dürfen nur beraten werden, wenn mindestens 20 Synodale zustimmen.

§ 25

- (1) Die Synode kann auf Antrag nichtöffentliche Verhandlungen beschließen. Über die Begründung des Antrages muss in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt und beschlossen werden. § 8 (3) letzter Satz gilt unabhängig hiervon. (Hinweis: § 59(1) m)
- (2) Zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung kann die Synode auf Antrag mit einer Mehrheit von mindestens 20 Synodalen beschließen, dass dieser oder jener Mitarbeitende Gast an der nichtöffentlichen Sitzung teilnimmt.
- (3) Alle Teilnehmer der nichtöffentlichen Sitzung unterliegen der uneingeschränkten Schweigepflicht. Das gilt auch gegenüber den Synodalen, die an der Sitzung nicht teilgenommen haben. Diese Synodalen dürfen über die nichtöffentliche Verhandlung nur durch das Präsidium informiert werden.
- (4) Nach Klärung des Beratungspunktes und Entscheidung wird die nichtöffentliche Sitzung geschlossen. Entscheidungen, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen in offener oder geschlossener Sitzung getroffen werden.
- (5) Während geschlossener Tagungen bleibt der Zuhörerraum verschlossen. Jedoch ist die Anwesenheit der zum reibungslosen Ablauf der Tagung erforderlicher Personen erlaubt. Über diesen Personenkreis entscheidet das Präsidium.

§ 26

(1) Zu Tagungen der Synode kann der Präses unter Beachtung von „§ 59 (1) m“ der Verfassung Gäste einladen.

Sie erhalten ihren Platz im Sitzungssaal, doch gesondert von den stimmberechtigten Synodalen.

(2) Sofern ein Gast ein Grußwort zu sagen wünscht, hat er dies vor der Sitzung dem Präses mitzuteilen. Ausdrücklich als „mitarbeitende Gäste“ bezeichnete Kirchenvertreter können sich zur Eintragung in die Rednerliste melden. Anderen Gästen kann ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

(3) Zu jeder ordentlichen Tagung der Landessynode lädt der Präses bis zu drei Jugenddelegierte ein, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und vom Landesjugendkonvent der Landeskirche benannt worden sind. Sie nehmen an der Arbeit der Landessynode im Rahmen der Geschäftsordnung als mitarbeitende Gäste teil. An Ausschussberatungen können sie mit Zustimmung des Präses und des jeweiligen Ausschussvorsitzenden teilnehmen.

§ 27

(1) Der Landeskirchenrat nimmt an einem gesonderten Tisch Platz. Er sollte dafür sorgen, dass er stets beschlussfähig ist und dass alle Sachfragen jederzeit mit dem zuständigen Dezernenten geklärt werden können.

(2) Will der Vertreter des Landeskirchenrates vom Recht gemäß § 65 (1) Satz 3 der Verfassung Gebrauch machen, so meldet er sich unmittelbar beim Präses. Wortmeldungen, in denen für oder gegen die behandelte Vorlage Stellung genommen wird, werden beim Schriftführer zur Rednerliste genommen. (Hinweis: § 59(1) m)

§ 28

(1) Kein Teilnehmer darf sprechen, ohne vom Präses das Wort erhalten zu haben. Das Wort wird in der Reihenfolge der Meldungen erteilt. Bei gleichzeitiger Meldung bestimmt der Präses die Reihenfolge.

(2) Im Interesse der Sache, und wenn kein Synodaler widerspricht, kann ausnahmsweise die Reihenfolge geändert werden.

(3) Die Synode kann die Redezeit beschränken.

(4) Wortmeldungen, die nach Schluss der Besprechung eingehen, bleiben unberücksichtigt.

(5) Will sich der Präses als Redner an der Aussprache beteiligen, meldet er sich beim Schriftführer und gibt während seiner Rede den Vorsitz an einen Beisitzer ab, der ihm das Wort erteilt. Dies gilt nicht für die Klärung von Sachfragen.

§ 29

Zur Geschäftsordnung wird das Wort außerhalb der Reihenfolge, jedoch nicht während einer Rede erteilt. Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf die geschäftliche Behandlung des Gegenstandes und bei Beginn oder am Schluss der Sitzung auf die Tagesordnung der Synode beziehen und nicht länger als 5 Minuten dauern.

§ 30

Zu tatsächlichen Berichtigungen kann der Präses das Wort außerhalb der Reihenfolge erteilen. Ein Eingehen auf die Sache ist hierbei auf keinen Fall gestattet. Desgleichen ist auf Antrag zu persönlichen Bemerkungen dem Betroffenen sofort das Wort zu erteilen. Hierbei dürfen nur persönliche Angriffe zurückgewiesen oder eigene Ausführungen berichtigt werden. Die Ausführungen dürfen nicht länger als 5 Minuten dauern. (Hinweis auf § 11 (1)).

§ 31

Anträge, Berichte und Gesetze dürfen ohne weiteres verlesen werden. Zur Verlesung anderer Schriftstücke oder Texte ist die vorherige Genehmigung zum Verlesen beim Präses einzuholen. Zur Verteilung jeglicher Anträge, Berichte, Gesetze, Schriftstücke oder Texte ist die vorherige Genehmigung des Präses einzuholen.

§ 32

- (1) Der Präses ist berechtigt, Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen.
- (2) Ist ein Redner in derselben Sache zweimal zur Sache oder Ordnung gerufen und fährt fort von der Sache abzuschweifen oder gegen die Ordnung zu verstößen, so beschließt die Synode ohne vorherige Besprechung, ob dem Redner das Wort entzogen werden soll, wenn der Präses bei dem zweiten Ruf zur Sache oder Ordnung auf diese Folge hingewiesen hat.
- (3) Einem Synodalen, dem auf Grund dieser Bestimmung das Wort entzogen ist, darf es zu dem gleichen Teil des Verhandlungsgegenstandes in der selben Sitzung nicht wieder erteilt werden.

§ 33

- (1) Bei Bemerkungen zur Geschäftsordnung, tatsächlichen Berichtigungen und persönlichen Bemerkungen kann der Präses, wenn er den Redner einmal erfolglos zur Sache oder Ordnung gerufen hat, ihm das Wort entziehen, ohne dass es eines Beschlusses der Synode bedarf.
- (2) Das Recht, einen Redner zu unterbrechen, steht nur dem Präses zu.
- (3) Gegen Ordnungsmaßnahmen des Präses kann der Betroffene spätestens in der nächsten Sitzung Einspruch erheben. Auf einen solchen Antrag legt der Präses den Sachverhalt dar, der Redner wird gehört, und die Synode entscheidet ohne Besprechung.

§ 34

- (1) Sofern im Zuhörerraum Zeichen des Beifalls oder der Missbilligung laut werden oder sonst die Ordnung verletzt wird, kann der Präses den Betreffenden aus dem Zuhörerraum entfernen lassen oder nötigenfalls die Räumung anordnen.
- (2) Wenn im Sitzungssaal oder im Zuhörerraum die Ruhe so gestört ist, dass eine sachgemäße Verhandlung nicht möglich ist, so kann der Präses die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen lassen oder die Synode vertagen.

§ 35

- (1) Der Antrag auf Schluss der Rednerliste oder auf Schluss der Aussprache bedarf der Unterstützung von mindestens fünf Synodalen. Ist er unterstützt, so kann für und gegen den Antrag je einem Synodalen für höchstens fünf Minuten das Wort erteilt werden. Daraufhin entscheidet die Synode.

(2) Als neueröffnet gilt die Besprechung, wenn nach Wirksamwerden dieses Beschlusses ein Vertreter des Landeskirchenrates das Wort nimmt.

§ 36

(1) Nach Abschluss der Aussprache kündigt der Präses die Abstimmung an. Erhebt sich kein Widerspruch, wird die Frage über die zu entscheiden ist, gestellt. Sie muss im bejahenden Sinne gestellt werden und so gefasst sein, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Die Zustimmung, Ablehnung oder Stimmennhaltung wird durch Handerheben bekundet. Der Präses soll die Reihenfolge der Fragen nach Bejahung, Verneinung und Enthaltung nicht willkürlich während einer Tagung ändern.

(2) Ist das Ergebnis der Abstimmung nach Ansicht des Präsidiums eindeutig, wird lediglich festgestellt „mit Mehrheit angenommen“ oder „mit Mehrheit abgelehnt“. Ist das Ergebnis der Abstimmung nach Ansicht des Präsidiums oder mindestens fünf Synodaler zweifelhaft, erfolgt Zählung der Stimmen.

(3) Stimmennhaltungen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

§ 37

(1) Die Abstimmung über einen Abänderungsantrag erfolgt sofort, spätestens vor der Abstimmung über die Vorlage oder den Hauptantrag.

(2) Unter mehreren Änderungsanträgen hat derjenige den Vorrang, der am weitesten von der Vorlage abzuweichen wünscht. Im Zweifelsfall entscheidet das Präsidium über die Reihenfolge.

§ 38

Zu Beginn einer Tagung wird nach Namensaufruf die Beschlussfähigkeit gemäß § 50 (1) der Verfassung festgestellt. Sie gilt für die ganze Tagung bis das Gegenteil auf Antrag eines Synodalen oder des Landeskirchenrates durch neuerlichen Namensaufruf festgestellt wird. Ein solcher Antrag kann nur vor Beginn einer Abstimmung oder Wahl gestellt werden.

§ 39

(1) Die von der Synode vorzunehmenden Wahlen finden, soweit nichts anderes bestimmt ist, sinngemäß nach den gleichen Grundsätzen wie Abstimmungen statt.

(2) Geheime Wahlen durch Stimmzettel sind so durchzuführen, wie es die Wahl des Präsidiums vorsieht. Die Wahl des Landeskirchenrates wird durch ein besonderes Kirchengesetz geregelt.

(3) Wenn über die Wahl keine besondere Vorschrift besteht, ist die offene Wahl einzeln oder im ganzen durch Handhebung zulässig, wenn nicht fünf Synodale widersprechen.

VI. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 40

Vorlagen, Anträge, Anfragen und Eingaben, über die während der Wahlperiode, in der sie eingebrochen sind, nicht entschieden wird, gelten als erledigt, können jedoch von der neuen Synode wieder aufgenommen werden.

§ 41

- (1) Bei Zweifeln über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet die Synode.
- (2) Eine über den Einzelfall hinausgehende Auslegung oder eine Änderung der Geschäftsordnung kann die Synode nur auf Grund eines Antrages und der Stellungnahme durch einen Synodalausschuss beschließen.

§ 42

Die Synode kann in einzelnen Fällen eine von den Vorschriften dieser Geschäftsordnung abweichende Geschäftsbehandlung beschließen, wenn kein Synodaler widerspricht. Die Vorschriften des § 22 werden hierdurch nicht berührt

§ 43

Diese Geschäftsordnung tritt am 1. Januar 1970 in Kraft. Gleichzeitig treten die Geschäftsordnung vom 30. Mai 1921 und alle hierzu ergangenen Änderungen und Ergänzungen außer Kraft. Vorstehende Geschäftsordnung wurde von der Synode am 15. November 1969 beschlossen.

Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts
gez. Gerhard Kootz
Präses

Stichwortverzeichnis

(Die Zahlen bedeuten Paragraphen und Absätze der Geschäftsordnung)

	Klärung von Sachfragen durch Präs	§ 28(5)
A	Abänderungsanträge	§ 37 (1), § 15 (6)
	Abgabe des Vorsitzes	§ 2 (2), § 28 (5)
	Abstimmung	§§ 36, 37
	Abweichung von Fristen	§ 22
	Abweichung von der Geschäftsordnung	§ 42
	Akten des Landeskirchenrates	§ 10
	Ältestenrat	§ 11
	Andachten	§ 6 (2)
	Änderung der Geschäftsordnung	§ 41
	Anfragen an Landeskirchenrat	§ 16
	Anträge	§ 15 (1) und § 5
	Antragsteller	§ 13 (4)
	Anwesenheitsliste	§ 7(2)
	Auslegung der Geschäftsordnung	§ 41
	Ausschussarbeit	§§ 10, 12, 13
B	Begnadigung durch Ältestenrat	§ 11 (4)
	Beisitzer	§ 6 (4)
	Bericht des Landeskirchenrates	§ 16 (2)
	Berichtigungen (persönliche)	§ 30
	Beschlussfähigkeit des Plenums	§ 38
	Beschlussfähigkeit der Ausschüsse	§ 13 (2)
	Beschwerde an das Landeskirchengericht	§ 5 (2)
	Beschwerde gegen Maßnahmen des Präs	§ 23 (2), § 33 (3)
	Beschwerde wegen Ablehnung von Urlaub	§ 9 (3)
C		
D	Dringliche Angelegenheiten	§ 24 (2)
E	Eingaben	§ 14
	Entschließungen	§ 17
	Erledigung wegen Ende der Wahlperiode	§ 40
F	Freistellung	§ 9 (1)
	Fristen für Anfrage an Landeskirchenrat	§ 16 (1)
	Fristen für erste Lesungen	§ 19 (1)
	Fristen für dritte Lesungen	§ 21 (1)
	Fristen für Ausschusseinladungen	§ 13 (1)
	Fristen-Verkürzungen	§ 22
G	Gäste	§ 26
	Gelöbnis	§ 1 (3)
	Geschäftsordnungsbemerkungen	§ 29
	Grußworte	§ 26 (2)
K	Klärung von Sachfragen durch Präs	§ 28 (5)
	Klärung von Sachfragen durch LKR	§ 27 (2)
L	Landeskirchengericht	§ 5 (2)
	Landeskirchenrat	§ 27

	Legitimation der Synodenal	§ 4, § 5 (1)
	Lesungen	§ 15 (3)
	Lesungen, erste	§ 15 (4)
	Lesungen, zweite	§ 20
	Lesungen, dritte	§ 21
M	Mitarbeitende Gäste in öffentlichen Sitzungen	§ 26 (2)
	Mitarbeitende Gäste in nichtöffentl. Sitzungen	§ 25 (2)
	Mitarbeiter	§ 6 (5)
N	Nichtöffentliche Verhandlungen	§ 25
	Niederschrift (Protokoll)	§ 7(3)
	Niederschrift Genehmigung	§ 8
O	Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen	§ 13 (3)
	Ordnungsgewalt	§§ 32, 34
P	Präses	§6 (1), §15 (2), §17 (3), §21 (4)
	Protokolle der Ausschüsse	§ 12 (6)
	Protokolle des Plenums	§ 7(3)
	Protokolle des Plenums- Genehmigung	§ 8 (3)
R	Redezeit allgemein	§ 28 (3)
	Redezeit zur Geschäftsordnung	§ 29
	Redezeit für Berichtigungen	§ 30
	Rednerliste	§ 7 (2)
	Rednerliste Gäste	§ 26 (2)
	Rednerliste Landeskirchenrat	§ 27 (2)
	Rednerliste Präses	§ 28 (5)
	Rednerliste bei Ausschusssitzungen	§ 13 (6)
S	Sonderausschüsse	§ 12 (3)
Sch	Schluss der Rednerliste	§ 35
	Schluss der Aussprache	§ 35
	Schriftführer	§ 7
St	Stichwahl	§ 2 (4)
	Stimmengleichheit	§ 2 (5), § 36 (3)
	Stimmenenthaltung	§ 2 (3), § 36 (3)
T	Tagesordnung (Tagungsordnung)	§ 6 (3), § 23 (1) und (3)
	Tagesordnung, schriftlich	§ 24(1)
	Tagesordnung, Änderung, Ergänzung	§ 24, § 23 (3)
	Tagungsausschüsse	§ 12 (4)
	Termine für Konstituierung	§ 1 (1)
	Termine sonstige	siehe Fristen
U	Unterbrechung von Rednern	§ 33 (2)
	Uranträge einzelner Synodaler	§ 15 (1) und (6)
	Urlaub	§ 9 (3)
V	Verlesung von Texten	§ 31
	Vertretung von Synodenal im Plenum	§ 9 (2)
	Vertretung von Synodenal in Ausschüssen	§ 13 (2)
	Vertretung von Synodenal im Ältestenrat	§ 11 (5)
	Vorbereitung von Entscheidungen	§ 12
	Vorlagen	§ 15
	Vorsitz	§ 1 (2), § 28 (5)

W	Wahlen, allgemein	§§ 36, 37, 39 (1)+(3)
	Wahlen, geheim	§ 39 (2), § 2 (3) bis (5)
	Wahlen, öffentlich	§ 25 (4)
	Wahlen, Präsidium	§ 2 (1)
	Wahlen, Ergebnis	§ 2 (3)
	Widerspruch gegen Präses	§ 23 (2)
	Wortentziehung, allgemein	§ 32
	Wortentziehung, „zur Geschäftsordnung“	§ 33
	Wortentziehung, Berichtigungen	§ 33
	Wortentziehung, persönliche Bemerkungen	§ 33
	Worterteilung, allgemein	§ 7 (2)
	Worterteilung an Landeskirchenrat	§ 27 (2)
	Worterteilung an Präses	§ 28 (5)
	Worterteilung im Ausschuss	§ 13 (6)
	Worterteilung zu Berichtigungen	§ 30
	Worterteilung „zur Geschäftsordnung“	§ 29
Z	Zurücknahme von Anträgen	§ 18